

## *KGW's Rundschreiben*

### **Deutschland, Europa und die Welt**

Zum Anfang eines neuen Jahres schaut man auf das verflossene zurück (was wir uns sparen wollen) und starten eine **Vorausschau auf 2024**. Deutschland befindet sich in der Rezession und diese Ampelregierung findet noch nicht einmal den ersten Vorwärtsgang, damit es weitergeht. Im Gegenteil, wir befinden uns im Leerlauf mit Richtung Rückwärtsgang. Während europäische Volkswirtschaften wachsen, können wir uns glücklich schätzen, wenn Ende 2024 das BIP (Bruttoinlandsprodukt) nur leicht im Minus liegt. Ohne Zweifel hat das Urteil des BVG (Bundesverfassungsgericht) dazu beigetragen, dass Einsparungen im Bundeshaushalt die Fahrtgeschwindigkeit der Konjunktur in Deutschland zusätzlich bremst. Gut so, die Kreditaufnahme über Sonderhaushalte (was nichts anderes als neues Schuldenmachen bedeutet) zur Umgehung der Schuldenbremse zu untersagen. Das positive des Urteils scheint die Ampel nicht erkannt zu haben. Mit weiterem „herumwurschteln“ wird ein immer größerer Flickenteppich gestrickt. Sollte die Ampel sich jemals als gleißender Lichtkörper dargestellt haben, so hat sie nach gut 2 Jahren Regierungsarbeit an Strahlkraft verloren und versucht, sich als flackernde Funzel bis zum Rest der Legislaturperiode nicht völlig ausgelöscht zu sein. Viele Unternehmen in unterschiedlichen Branchen - und dazu zählt auch die Edelstahlindustrie - beklagen einen nachlassenden Auftragseingang. Dass weniger „rausgeht“, wenn nichts ins Auftragsbuch „reinkommt“, ist logisch. Inlandsverkäufe und der Export stocken oder sind rückläufig. Die schwache Konjunktur verbietet Preiserhöhungen, was bei steigenden Kosten Gewinneinbruch bedeutet. Geplante Investitionen werden verschoben oder gleich komplett gestrichen. Der private Konsum ist rückläufig, denn die für Sparsamkeit bekannten Deutschen legen einen „Notgroschen“ zur Seite.

Bereits in 2023 erhöhten sich die **Pleiten** auf ca. 18.200 (Handelsblatt vom 14.12.2023). Laut GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft) decken Warenkreditversicherungen Ausfallrisiken von 587 Mio. € (4,5% mehr als in 2022). Die meisten Insolvenzen verzeichnete man in der Bauindustrie, auf dem Dienstleistungssektor sowie dem Handel- und Gesundheitssektor (Krankenhäuser). Rückzahlungen der Staatshilfen, steigende Mehrwertsteuer (auf erneut wieder 19% in der Gastronomie), steigende Energie-, Personal- und Materialkosten werden die Pleiten um ca. 10% in diesem Jahr gegenüber 2023 erhöhen.

Ohne Zweifel spielen **Start-Ups** eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft. So hat das Bundeskabinett am 27.07.2022 die erste umfassende Start-Up-Strategie einer Bundesregierung beschlossen. Man bündelte darin Maßnahmen in 10 Handlungsfeldern. Der Zukunftsfonds sollte 10 Mrd. € mobilisieren und weitere 20 Mrd. € Wagniskapital sollten von privaten Investoren und öffentlichem Kapital bis 2030 zusammenkommen. Mitte 2023 sagte der DIHK-Gründungsreport aus, dass das Interesse an Gründungen auf einem Rekordtief angekommen ist. Gründe: Prozesse zum Zugang staatlicher Förderung müssen vereinfacht werden; stetig wachsende Bürokratie und Regulierungen; kompliziertes Steuerrecht und hohe Steuern; schlechte Digitalisierungsstandards. Die Zwischenbilanz des Vorsitzenden des Start-Up-Verbandes Christian Miele: Uns droht eine Innovationsarmut. Im internationalen Wettbewerb wird Deutschland weiter abgehängt.

Nach ihrer (zu) langen Regentschaft wurde Angela Merkel abgekanzelt und die neue Ampel sollte es richten. „Neue Männer braucht das Land“ und so entstand die Fortschrittskoalition, die gemeinsam gestaltungsaktiv neue Impulse setzen wollte. Zum Wohl der Bürger, besonders aber der Wirtschaft. Papier ist bekanntlich geduldig, sodass im Koalitionsvertrag 93 mal von „besser“ die Rede war und 251 mal das Adjektiv „neu“ vorkam. Wenn man zur Halbzeit ein Resümee zieht, sieht man rund um die Freunde des Fortschritts Baustellen, die auf Renovierung warten. Da 83% der Bundesbürger mit der Arbeit der Koalition nicht zufrieden sind, kann man getrost von Ampelausfall reden. Die Menschen, die man „mitnehmen“ wollte, werden jetzt alleine gelassen; sie müssen die Suppe auslöffeln, die ihnen die Politik eingebrockt hat. Die Inflationsrate wird im Januar dieses Jahres bei knapp 4% liegen, aber das Leben ab dem 01.01.2024 wird in Deutschland teurer. Noch streitet man über das Wachstumschancengesetz und es ist ungewiss, wie es ausgeht. Einige Steueränderungen stehen schon jetzt fest. In Kurzform:

**Grundfreibetrag** – Ab 01/2024 müssen auf die ersten 11.604 € Einkommen keine Steuern bezahlt werden. Das Gesetz ist noch nicht beschlossen, könnte aber auch rückwirkend zum Januar 2024 geltend gemacht werden.

**Kinderfreibetrag** – Für jeden Elternteil gelten 3.192 €, also für bei Elternteile 6.384 €. Auch dieses Gesetz liegt als Entwurf vor und die Erhöhung kann rückwirkend geltend gemacht werden.

**Einkommensteuer** – Der Spitzensteuersatz von 42% ist für jeden Euro fällig auf das zu versteuernde Jahreseinkommen von 66.761 €. Der Reichensteuersatz wurde nicht verändert und greift bei einem Jahreseinkommen von 277.826 €.

**Soli** – Ab Anfang 2024 zahlt ein Single den erst, wenn er 18.130 € Einkommensteuer im Jahr zahlt. Das entspricht einem Bruttoeinkommen von ca. 80.000 €. Für Ehepaare gilt das doppelte.

**Förderung für E-Autos** – Zum 18.12.2023 wurde die Kaufprämie komplett gestrichen.

**Mindestlohn und Azubi-Gehalt** – Ab Januar 2024 beträgt der Mindestlohn 12,41 €, was die Grenze auf 538 € monatlich angehoben hat. Die Mindestvergütung für Azubis im ersten Lehrjahr beträgt 649 €, im zweiten Lehrjahr 766 €, im dritten Lehrjahr 876 € und im vierten Lehrjahr 909 €.

**Arbeitnehmer-Sparzulage** – Singles, die ein Jahreseinkommen von 40.000 € (vorher 20.000 €) haben, können die Arbeitnehmer-Sparzulage bei vermögenswirksamen Leistungen beantragen. Für Paare gilt das doppelte.

**CO<sub>2</sub>-Abgabe** – Ab 01.01.2024 steigt der Preis deutlich, und zwar für Heizöl, Gas und Benzin werden künftig 45 € statt 40 € pro ausgestoßener Tonne CO<sub>2</sub> fällig (aktuell 30 €).

**Umsatzsteuer der Gastronomie** – Für Speisen in der Gastronomie ist der Umsatzsteuersatz von 19% zu zahlen. Für Speisen, die mitgenommen werden, gilt der ermäßigte Steuersatz von 7%.

**Plastik-Abgabe** – Künftig sollen Hersteller solcher Produkte eine Abgabe direkt an die EU zahlen. Bisher wurde diese aus Steuermitteln überwiesen. Es sind Einnahmen in Höhe von 1,4 Mrd. € angedacht.

**Erhöhung der Ticket-Steuer** – Je nach Endziel werden pro Ticket zwischen 12,73 € bis 58,06 € fällig.

**Strompreise** - Ein 5,5 Mrd. € Bundeszuschuss zu den Entgelten für das Stromnetz wurde gestrichen. Dadurch verdoppeln sich die Netzentgelte für 2024 im Schnitt auf 6,43 Cent pro kWh. Die staatlichen Gas- und Strompreisbremsen sind Ende Dezember 2023 ausgelaufen (ursprünglich erst Ende 03-2024). Industrie und das produzierende Gewerbe (nicht aber Privatkunden) werden in den kommenden 5 Jahren massiv entlastet. So wird die Stromsteuer von derzeit 1,537 Cent je kWh auf 0,05 Cent je kWh herabgesetzt.

Bekanntlich haben Millionen Eigentümer gegen die **Grundsteuer** Einspruch eingelegt. Das Finanzgericht Rheinland-Pfalz hat aufgrund „ernstlicher Zweifel an der Rechtmäßigkeit“ (4 V 1295/23 und 1429/23) den Kritikern Recht gegeben. Die Richter äußerten Pauschalkritik an den Bewertungsregeln, die ab 2025 gelten sollen. Würde die Reform gekippt, wäre das eine weitere Schlappe für den Gesetzgeber.

Wenn die Lokführergewerkschaft GDL für eine **4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich** trommelt, wird es nur wenige geben, die dagegen sind. Im internationalen Vergleich arbeiten Deutsche durchschnittlich 1.341 Std., Schweizer 1.529 Std., Franzosen und Italiener 1.694 Std. und Japaner 1.607 Std./Jahr. In dieser Studie ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) auch:

- Arbeitskräftemangel zählt zu den größten Risiken in Deutschland 66%
- Wir Deutsche müssen mehr und härter arbeiten 55%
- Ja zur Diskussion über die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich 44%

Über den Sinn oder Unsinn der 4-Tage-Woche wird es noch viele Diskussionen geben. Es ist neben hybriden Arbeitsmodellen oder flexiblen Arbeitszeitkonten ein Denkmodell, welches nicht jeder Branche Vorteile bringen würde.

Nach dem Gespräch Anfang des letzten Jahres in Brasilien hätte Olaf Scholz wissen müssen, dass Luiz Inácio Lula da Silva kein einfacher Gesprächspartner ist. Vor laufender Kamera hatte der ihn beim Thema Ukrainekrieg auflaufen lassen. Anfang Dezember 2023 der Gegenbesuch in Berlin. Großes Thema: **Mercosur** – geplantes Freihandelsabkommen Südamerikas (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) mit der EU. Außer wagen Absichtserklärungen gab es nichts, obwohl diese Gespräche schon 20 Jahre laufen. Der Hemmschuh ist Frankreich. Für Olaf Scholz haben sich die Gespräche „sehr gelohnt“ und deshalb sollten sie alle 2 Jahre gemäß seiner Meinung wiederholt werden. Ihm ist offensichtlich entgangen, dass der neue Mercosur-Vorsitzende Paraguays Präsident Santiago Peña ist; der hat angekündigt, dass es keine weiteren Verhandlungen mit der EU geben wird.

Unzweifelhaft braucht die EU neue Handelspartner, weil man nur mit „Freunden“ verhandeln will, um zu wachsen. Nach 5 Jahren scheiterte auch ein **Abkommen mit Australien**. Der hauptsächliche Grund ist, dass die Verhandlungsführer der EU immer mehr umwelt- und sozialpolitische Forderungen in die Gespräche einbringen. Die Verhandlungsführung seitens der EU wird mit Arroganz von hohem Ross geführt und Diktate mit „EU-Werte-Imperialismus“ kommen bei internationalen Gesprächspartnern nicht gut an. Europa ist nicht mehr die Wirtschaftsmacht, die es sich leisten kann, hofiert zu werden. Das sollte man in Brüssel spätestens mit der Erweiterung der Staatengruppe BRICS erkannt haben.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Schäden, die der Ex-Präsident Donald Trump angerichtet hat, handelspolitisch noch nicht repariert wurden. Zölle auf europäischen Stahl und Aluminium sind unter Geschäftsfreunden Gift. **Amerika** fordert zunächst, dass Europa gegen chinesische Importe vorgeht, bevor man bestehende Zölle aufhebt.

Auch die Gespräche mit **Indien** und **Indonesien** laufen nicht „rund“. Es sind weitere Termine nötig, um ein mögliches Freihandelsabkommen abzuschließen.

Wenn man international für die EU auftritt, sollte man in einer Sprache kommunizieren. Es ist absurd, wenn Olaf Scholz auf der Klimakonferenz in **Dubai** die Verdreifachung des Ausbaus erneuerbarer Energien bis 2030 fordert, die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen zur gleichen Zeit nach

Peking reist, um **China** zu maßregeln, die Überkapazitäten bei der Solarenergie, Windkraftanlagen und E-Autos abzubauen. Gewiss ist es besser, miteinander zu reden, als übereinander. Wenn man allerdings mit einer hochdekorierten EU-Delegation nach China reist, die Forderungen im Koffer hat, mit „Derisking“<sup>1</sup> und Strafzöllen droht, wird die zweitägige Agenda ohne Begründung von den Chinesen auf einen Tag gestutzt. Man sollte Berater haben, die U.v.d.L. erklären, dass eine schärfere Tonart der Europäer mit entsprechender Kritik der Chinesen beantwortet wird. Auf U.v.d.L. O-Ton: „Die Staats- und Regierungschefs in Europa werden das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen auf Dauer nicht dulden“ wird mit einem müden Lächeln zur Kenntnis genommen. Fakt ist, dass der politische Einfluss Europas in der Volksrepublik China beschränkt war, ist und bleiben wird!

Die EU steuert auf eine Haushaltskrise zu. Hochrechnung Schuldenstand 05/2025 = 400 Mrd. €. Trend aufwärts, weil allein die Schuldzinsen rasant steigen. Für die EU-Kommissionspräsidentin U.v.d.L. ein Muss, weil man auf das grüne Subventionsprogramm der USA, den milliardenschweren Inflation Reduction Act (IRA) antwortet. Damit ist sie mit Robert Habeck auf einer Welle, der 2019 mit den Stimmen der Grünen dafür sorgte, dass sie in ihr jetziges Amt gewählt wurde. Beide geben gerne beidhändig Staatsgeld aus und glauben, dass ihre Klimapolitik die Wirtschaft stärkt. Habeck nennt seinen Kurs ein „gigantisches Industrie- und Wachstumsprogramm“. U.v.d.L. bezeichnet den Green Deal als neues „Wachstumsprogramm“ für Europa. Es grünt in Brüssel also und lt. Koalitionsvertrag steht den Grünen ein Kommissarposten ab 2024 zu. Der kluge Mann baut bekanntlich vor, denn man kann heute nicht sagen, wie es mit der Ampel in Deutschland weiterläuft.

Aktuell zählt die EU 27 Mitgliedsstaaten. Während des Gipfels im September in Granada beriet man, weitere 9 Staaten aufzunehmen. Erstmals ein Land im Kriegszustand – die Ukraine. Als weitere Moldau, 6 Westbalkan-Staaten und später auch Georgien. Alle Länder sind arm und würden aufgrund der aktuellen Haushaltsregeln jährlich ca. 40 Mrd. € aus der „EU-Gemeinschaftskasse“ erhalten. Deutschland als größter Beitragszahler würde es besonders hart treffen. Mitte Dezember 2023 ein erneuter EU-Gipfel, auf dem dieses Thema beschlossen werden sollte. Ungarns Regierungschef Victor Orbán blockierte das Ganze, weil er alle eingefrorenen EU-Mittel „freipressen“ wollte. Auf EU-Ebene müssen alle Entscheidungen (noch) einstimmig getroffen werden. Jetzt beachte man die Klugheit und Pffiffigkeit unseres Kanzlers O.Sch.: Er empfahl Herrn Orbán, draußen einen Kaffee zu trinken, was der auch tat. Flugs stimmte man in dieser Zeit ohne ihn ab, sodass mit der „Einstimmigkeit“ der Reststimmen die Aufnahme der Beitragsverhandlungen für die Ukraine und Moldau beschlossen war. Bereits in diesem Monat wird auf einem Sondergipfel der Etat bis 2027 beraten. Gemäß einer Studie der Bertelsmann-Stiftung könnte die Ukraine in 10 Jahren für den Eintritt bereit sein, wenn man das Reformtempo früherer Beitrittsländer zugrunde legt (die Verhandlungen mit Finnland dauerten keine 3 Jahre, die mit der Türkei ziehen sich bereits 18 Jahre hin). Die Ukraine wäre mit 44 Mio. Einwohnern (vor dem Krieg) das fünftgrößte EU-Land, flächenmäßig das größte, reich an Rohstoffen und mit riesigen Ackerflächen (Kornkammer Europas), wirtschaftlich jedoch schwach. Das BSP/Kopf liegt bei einem Zehntel des deutschen Niveaus. Vor Aufnahme wird geprüft: Rechtsstaatlichkeit, welche Reformen sind notwendig, Demokratie, Marktwirtschaft, Übernahme des gesamten Gesetzesbestandes der EU in nationales Recht. Als besondere Hürde gilt die Korruption in der Ukraine. Ein Narr, der Böses dabei denkt<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Obwohl die Bundesregierung in 07/2023 ein Strategiepapier vorlegte, Risiken im Chinageschäft abzubauen, wird der Autozulieferer ZF Friedrichshafen seinen Umsatz in China von 18% in 2022 auf ca. 30% bis 2030 steigern.

<sup>2</sup> Ein Spruch, der so viel bedeutet: Schande über den, der Schlechtes dabei denkt.

Denn es gibt viele Gerüchte über den Reichtum des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Das Wirtschaftsmagazin „Forbes“ schätzt sein Vermögen auf „bescheidene“ 30 Mio. US\$ plus Immobilien im Wert von ca. 4 Mio. US\$. Gestreute Informationen, dass seine Frau Olena Selenska auch über ein erhebliches Vermögen verfügt und einen Trend zu opulenten Einkaufsaktivitäten pflegt, können nicht belegt werden. Eine Studie des IW (Institut der deutschen Wirtschaft) schätzt 130-190 Mrd. € EU-Finanztransfer im Sieben-Jahres-Zeitraum an die Ukraine. Alle Mitgliedsstaaten müssten mehr bezahlen und würden weniger aus dem Haushalt zurückbekommen. Deutschland müsste 10 Mrd. € jährlich mehr bezahlen. Die Aufnahme der Ukraine gilt als sicher. Vorher müsste sich die EU reformieren, d.h. straffere Entscheidungsverfahren und ein Ende der Veto-Rechte.

Jeder, der Schiffsladungen ex Fernost erwartet, erinnert sich an den März 2021, als die „Ever Given“ den Suez-Kanal blockierte. Die Schiffe stauten sich, zwangsläufig kam die Ladung nicht an, die Schiffsraten stiegen rasant, Container wurden knapp und Reedereien dirigierten ihre Schiffe (ca. 6.000 km oder ca. 12 Tage länger) um das Kap der guten Hoffnung (Südafrika). Heute haben Angriffe der **Huthi-Rebellen** auf Handelsschiffe im Roten Meer massive Auswirkungen auf die Schifffahrt zwischen Asien und Europa. Iran unterstützt die Huthi-Rebellen, die mit Drohnen- und Raketenangriffen ihre Solidarität mit den Palästinensern, der islamischen Hamas unterstützen wollen. Amerika und Briten haben bereits Standorte der Huthi-Rebellen bombardiert. Der US-Zerstörer „USS Carney“ ist im Einsatz. Zum Schutz der Handelsschiffe hat die USA die Mission „Operation Prosperity Guardian“ ins Leben gerufen. Die Bundesregierung diskutiert noch, ob und wie sie sich einbringen könnte. Es wird zwar ein kurzfristiges Treffen der EU-Verteidigungsminister geben, aber eine Entscheidung wird erst beim Außenministertreffen am 19.02.2024 erwartet. China ist in der Zwickmühle, denn sie haben sich im Gaza-Konflikt nicht auf die Seite des Westens geschlagen. Andererseits sind sie Hafenbetreiber in Piräus und haben ein Interesse daran, Güter schnell umzuschlagen. Der staatseigene chinesische Logistikkonzern Cosco, der die Betreibergesellschaft Piraeus Port Authority (PPA) kontrolliert, hat den Hafen in den vergangenen Jahren zu einer der wichtigsten Drehscheiben im Containerverkehr zwischen Fernost und Europa ausgebaut. Die chinesischen Schifffahrtsgesellschaften fahren auch um das Kap der guten Hoffnung, allerdings zunächst zu den europäischen Häfen und erst auf der Rücktour (wenn überhaupt) über Piräus. Im UN-Sicherheitsrat äußerte China „Besorgnis“ über die Situation und man wendet sich gegen die Angriffe auf zivile Schiffe. Der Name Huthis wurde nicht genannt. Diplomaten vermuten, dass China hinter den Kulissen mit dem Iran verhandelt. Dauert die Krise an, treffen einige Produkte auch bei uns verspätet ein. Die entstehenden Zusatzkosten werden auf die Preise umgeschlagen. Das bedeutet wiederum Auswirkungen auf das globale Wachstum. Tesla schließt ab Ende dieses Monats (für 2 Wochen) einen Teil seiner Fertigung in Brandenburg, weil benötigte Vorprodukte fehlen. Davon sind auch Aldi, Ikea und andere mehr betroffen. Die Werbekampagnen für bestimmte Produkte sind auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Die Straße von Hormus verbindet den Persischen Golf mit dem Golf von Oman. Durch diese Meerenge werden täglich ca. 1/5 der weltweiten Ölproduktion transportiert. Blockaden durch die Rebellen lassen den Ölpreis steigen. Die LNG<sup>3</sup>-Schiffe aus Russland und Katar halten sich im Augenblick vom Roten Meer fern. 2023 stammten 13% aller LNG-Lieferungen nach Europa aus dem Emirat. Die **Hisbollah** hat sich bekanntlich mit der **Hamas** verbündet. Die Hisbollah ist der „Staat im Staat“ des **Libanon**. Sie kontrollieren die schwachen Politiker des Landes wirtschaftlich und auch

---

<sup>3</sup> Liquefied Natural Gas

militärisch. Soeben hielt sich unsere Außenministerin Annalena Baerbock im Libanon auf und versprach (wie sollte es auch anders sein) neben Militär eine Finanzhilfe von 15 Mio. €.



... zum **Streik der Lokführer und Bauern** ist so viel geschrieben worden, dass wir uns das sparen können. Deshalb beschränken wir uns auf dieses Bild. Bekanntlich sagt ein Bild mehr als 1000 Worte<sup>4</sup>.

4) Dieser Spruch wird Kurt Tucholsky zugeschrieben, der 1926 unter seinem Pseudonym Peter Panter zur Rolle der Fotografie schrieb. Deutlich älter ist aber die Anzeige in einer amerikanischen Zeitschrift vom 08.12.1921 mit dem Titel „One look is worth a thousand words“.

## Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Für die **Rohstoffe**, die hauptsächlich zur Herstellung von Edelstahl Rostfrei eingesetzt werden, war 2023 kein gutes Jahr. Besonders Nickel (**Ni**) verlor über das gesamte Jahr ca. 41%. Das war gestern und es scheint, dass die Talsohle erreicht ist. Im 1. Quartal 2024 geht es zwar noch leicht abwärts, aber es sind Anzeichen für eine Marschrichtung nach oben erkennbar. Im Orchester der Rohstoffabnehmer gibt China noch immer den Ton vor, aber europäische Hersteller hauen auch kräftig auf die Pauke. Eindeutig ist die Absicht, die Preise nach oben zu bringen; wir sind davon überzeugt, es wird gelingen! Auch wenn die Wirtschaftsdynamik in Deutschland nicht überzeugt, verknappen die Hersteller das Angebot. Da zu wenig in die Auftragsbücher kommt, ist die Quintessenz, es wird weniger produziert. Deshalb wird Schrott gesucht, was preislich aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist. Die anhaltenden Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen auf Frachtschiffe auf dem Roten Meer und dem Suez-Kanal belasten die deutsche Wirtschaft.

Aus heutiger Sicht wird es weder beim **Ni**, Molybdän (**Mo**) oder Chrom (**Cr**) eine Verknappung geben, was allerdings nicht zu weiterem Preisverfall führen wird. Das 1. Quartal 2024 scheint uns gut für den Einkauf von Flachprodukten (Blech/Band) aus Edelstahl Rostfrei. Auch wenn Ni-Lieferungen aus Russland ausfallen (damit beantworten wir die Fragen einiger Kunden, ob russisches Nickel eingesetzt wird), wird namentlich für Ni eine Überversorgung prognostiziert. Die LME in London und auch die Metallbörse in China werden weitere Lagerbestände der Sorte 1 und Klasse 2 aufbauen. Wenn weltweit das Wirtschaftswachstum um ca. 3% steigen wird, die Rostfrei-Produktion ebenfalls, ist global ein steigender Ni-Verbrauch logisch. Beachtung der Leitzinsen scheint sinnvoll, denn die bestimmen die Preisfindung und gelten als Stimmungsbarometer in der Wirtschaft.



**Edelstahlschrott**

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425											
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270											
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220											

\*) Markenname Outokumpu Nirosta

**Das KGW-Team**